



Eine Information der nordhessischen Bundestagsabgeordneten
Ulrike Gottschalck und Dr. Edgar Franke

SPD



am 14. März 2014

Inhalt

1. Haushalt 2014 und Eckpunkte Haushalt 2015
2. Lage in der Ukraine
3. Gleiche Chancen für Frauen und Männer
4. Digitale Wirtschaft fördern
5. Qualitätsoffensive für Krankenhäuser



Haushalt 2014 und Eckpunkte Haushalt 2015

Prioritäten des Koalitionsvertrages sind abgebildet

Am Dienstag hat das Kabinett den Haushalt 2014, die Eckpunkte für den Haushalt 2015 und den Finanzplan bis zum Jahr 2018 vorgelegt. Während der Entwurf 2014 noch eine Neuverschuldung von 6,5 Mrd. Euro vorsieht, kann der Haushalt 2015 voraussichtlich ohne Neuverschuldung aufgestellt werden. Außer der schwarzen Null ist für uns wichtig, dass die Prioritäten des Koalitionsvertrages klar abgebildet sind.

- Insbesondere sind wir stolz darauf, dass bereits im Haushalt 2014 **die Mittel der Städtebauförderung auf 700 Millionen Euro angehoben** werden. Damit setzt unsere Bundesbauministerin Dr. Barbara Hendricks eine Vereinbarung des Koalitionsvertrages um, für die wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten jahrelang gekämpft haben. So stellen wir die Weichen für die Unterstützung der Kommunen, damit sie den Anforderungen des demografischen, sozialen und ökonomischen Wandels begegnen können.
- Zu den prioritären Maßnahmen des Koalitionsvertrages (mit Kosten von 23 Mrd. Euro im Zeitraum 2014 – 2017) zählt auch, bis zur Fertigstellung des Bundesteilhabegesetzes, **die jährliche Entlastung der Kommunen um 1 Mrd. Euro ab 2015**. Die Finanzierung soll aus Anteilen der Umsatzsteuer erfolgen.

- Auch die **im Koalitionsvertrag versprochenen neun Milliarden Euro für Krippen, Kitas, Schulen, Hochschulen und Forschung sind im Haushalt vorgesehen**. Hier gibt es jedoch noch keine Aufteilung nach Ressorts, weil erst noch eine Einigung bzw. ein Verwendungszweck mit den Ländern verhandelt werden muss.
- Für **Verkehrsinvestitionen sieht der Haushalt im laufenden Jahr 505 Millionen Euro und für 2015 eine weitere Milliarde Euro zusätzlich vor**.
- Sigmar Gabriel konnte erreichen, dass sein **Ministerium 2015 zusätzlich 1,1 Milliarden Euro für die Umsetzung der Energiewende** erhält.
- Die **Entwicklungshilfe** soll in diesem Jahr um 200 Millionen Euro und 2015 um weitere 400 Millionen Euro **steigen**.

Das weitere Verfahren:

Der vorgelegte Haushaltsentwurf wird nun in den Facharbeitsgruppen beraten und in 1. Lesung in der Haushaltssitzungswoche vom 8. – 11. April 2014 debattiert. Danach wird der Entwurf und ggf. Änderungsanträge in den Fachausschüssen beraten. In den einzelnen Fachressorts wird es dann Berichterstattegespräche der Haushälterinnen und Haushälter geben, in denen Details geklärt werden.

In der Woche vom 24. - 27. Juni 2014 steht dann die 2. und 3. Lesung im Plenum an. Nach der Bereinigungssitzung der Haushälterinnen und Haushälter am Donnerstag, den 26. Juni wird dann der Haushalt 2014 voraussichtlich endgültig am 27. Juli beschlossen werden.

Lage in der Ukraine

Danke für die hervorragende Arbeit von unserem Außenminister Frank-Walter Steinmeier!

Die dramatischen Entwicklungen in der Ukraine, insbesondere auf der Halbinsel Krim, haben zu einer schweren Krise in Europa geführt. Offenbar hat Europa viel zu lange unterschätzt, dass Rußland sich bedrängt fühlen könnte, wenn alle Anrainerstaaten zu Europa gehören würden. Wir schauen deshalb mit größter Sorge auf die Ereignisse. Die Bundesregierung und insbesondere Außenminister Steinmeier, tun alles, um einen militärischen Konflikt zu verhindern. Daher unterstützen wir auch ausdrücklich die **Erklärung des SPD-Parteivorstandes** zum Konflikt zwischen der Ukraine und Rußland, den wir Ihnen und Euch im folgenden ausschnittsweise darstellen:

1. **„Die jüngsten dramatischen Entwicklungen auf der ukrainischen Halbinsel Krim haben zur schwersten Krise in Europa seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes geführt. 25 Jahre nach Ende des Kalten Krieges und der Überwindung der Block-Konfrontation ist die Gefahr einer erneuten Spaltung Europas real.**

Europa steht gefährlich nahe an der Schwelle zu einer militärischen Auseinandersetzung. Wer diesen Konflikt weiter schürt, gefährdet den Frieden in Europa und riskiert eine Krise, deren Folgen weit über Europa hinausreichen würden. **Hundert Jahre nach Beginn des ersten Weltkrieges muss gelten: militärische Gewalt darf nie wieder Mittel der Politik werden.** Wir appellieren deshalb an alle Konfliktparteien, alles für eine Beruhigung der Lage zu tun und jede weitere Eskalation zu vermeiden. ...

2. **Das russische Vorgehen in Bezug auf die Krim ist inakzeptabel und mit dem Völkerrecht nicht vereinbar.** Jede direkte oder indirekte Unterstützung extremistischer und separatistischer Kräfte in der Region gefährdet die Sicherheit

und Stabilität auf der Krim und in anderen Landesteilen der Ukraine und muss unterbleiben. Die militärischen Drohgebärden müssen ein Ende haben. Das staatliche Gewaltmonopol der Ukraine muss wieder hergestellt werden.

Russland ist aufgefordert, die territoriale Integrität der Ukraine zu respektieren und alles zu unterlassen, was Abspaltungstendenzen auf der Krim befördert. Die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine kann auch nicht per Referendum ausgehebelt werden. Wir rufen die russische Führung auf, das internationale Völkerrecht und die bestehenden internationalen Abkommen und bilateralen Verträge zwischen Russland und der Ukraine zu achten. Die zusätzlich in die Region entsandten russischen Truppen müssen zurückgezogen werden.

Wir appellieren an die russische Führung, in direkte Gespräche mit der legitimen, aus der Mitte des ukrainischen Parlaments hervorgegangenen Regierung der Ukraine einzuwilligen.

3. Am 21.02.2014 haben die Außenminister des Weimarer Dreiecks in einem schwierigen Verhandlungsprozess eine Vereinbarung zwischen der damaligen ukrainischen Führung und der Opposition vermittelt, mit der es gelungen ist, die Eskalation der Gewalt zu stoppen und weiteres Blutvergießen zu verhindern.

Die in dieser Vereinbarung verankerten Prinzipien bleiben auch nach der Flucht von Janukowitsch die entscheidende Richtschnur zur Lösung der schweren innenpolitischen Krise der Ukraine. Die neue ukrainische Führung muss sich an diesen Prinzipien orientieren: Es gilt eine inklusive Regierung zu bilden. Die Rechte nationaler Minderheiten müssen geachtet und aktiv geschützt werden. Militanter Antisemitismus und Rechtsextremismus dürfen in der neuen ukrainischen Ordnung keinen Platz haben. Eine neue Verfassung, die die Rechte der jeweiligen Opposition wahrt, muss erarbeitet, und freie und faire Präsidentschaftswahlen müssen vorbereitet werden. Radikale Kräfte müssen mit rechtstaatlichen Mitteln eingedämmt werden zum Schutz von Menschen- und Bürgerrechten sowie der Demokratie in der Ukraine. Die Ereignisse auf dem Maidan im Februar 2014, die zu mehr als 80 Toten und vielen hundert Verletzten geführt haben, müssen aufgearbeitet, die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

4. Angesichts der unübersichtlichen Situation auf der Krim muss es jetzt zunächst darum gehen, durch Beobachter, die von allen Seiten als legitim anerkannt werden, eine objektive Einschätzung der Lage in der Region zu gewinnen, auch um zu verhindern, dass die Situation durch gezielte Desinformation weiter destabilisiert wird. Wir unterstützen deshalb mit Nachdruck die „fact finding mission“ zur Aufklärung der Lage auf der Krim durch die OSZE.

Die intensiven diplomatischen Bemühungen zur Einsetzung einer hochrangigen internationalen Kontaktgruppe müssen entschlossen fortgeführt werden, um direkte Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland zu erleichtern: **Eine friedliche Lösung der Krim-Krise kann nur auf dem Wege von Verhandlungen erreicht werden.** Sollte dies nicht gelingen, haben die europäischen Staats- und Regierungschefs gestufte Maßnahmen der Europäischen Union angekündigt. Umso dringlicher stellt sich die Notwendigkeit, auf dem Verhandlungswege jetzt Erfolge zu erzielen.

...“

(Quelle: http://www.spd.de/presse/Pressemitteilungen/116872/20140310_erklaerung_pv_ukraine_russland.html (dort findet sich die Erklärung in voller Länge)

Gleiche Chancen für Frauen und Männer



Damit Frauen und Männer in unserer Gesellschaft die gleichen Chancen haben, brauchen wir eine solide Gleichstellungspolitik. Dazu gehört auch, mehr Zeitsouveränität zu schaffen. Das kann sich auf den gesamten Lebensverlauf - insbesondere von Frauen – positiv auswirken.

Als Vorreiter in der Gleichstellungsdebatte haben wir nun endlich in Regierungsverantwortung die Möglichkeit, mit konkreten Maßnahmen mehr Gleichstellung zu verwirklichen. Dank guter Verhandlungen im Koalitionsvertrag durch unsere Familienministerin Manuela Schwesig, konnte die Union „eingefangen“ und in dieser Woche ein gemeinsamer

Antrag mit der Union mit folgendem Inhalt auf den Weg gebracht werden:

- „**ElterngeldPlus**“ für mehr Partnerschaftlichkeit in der Erziehung.
- Eine **10tägige Auszeit** (bei Lohnausgleich), wenn kurzfristig eine **Pflegesituation** eintritt.
- Weiterentwicklung des **Rechts auf Teilzeit**, verbunden mit einem **Rückkehrrecht zur früheren Arbeitszeit**.
- Eine bessere **Unterstützung alleinerziehender Väter und Mütter**.
- Die **Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen** und wichtigen Gremien.
- Ein **Abbau der Entgeltungleichheit** zwischen den Geschlechtern.
- Und nicht zu letzt auch die Entwicklung **familienfreundlicherer Arbeitszeitmodelle**.

An all diesen Punkten arbeiten wir bereits seit Jahren intensiv und kontinuierlich. Wir werden in der Koalition dafür sorgen, dass die genannten Punkte zeitnah in praktische Politik umgesetzt werden. **Gleichstellung tut unserem Land gut! Sie ist nicht allein eine Frage der Gerechtigkeit, sondern unerlässlich für eine moderne und zukunftsfähige Gesellschaft. Deshalb werden wir weiterkämpfen für Lohngerechtigkeit, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und mehr Frauen in Führungspositionen!**



Digitale Wirtschaft fördern

Die Digitale Wirtschaft ist die Basis für künftige Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum. Ihr Potenzial für Wohlstand, nachhaltige Beschäftigung und Innovationskraft muss ausgeschöpft werden. Die SPD-Bundestagsfraktion steht für eine gestaltende Politik für die digitale Gesellschaft und begreift Netz- und Digitalisierungspolitik als Gesellschaftspolitik.

Die Digitalisierung und Vernetzung geht mit weitreichenden Veränderungen in allen gesellschaftlichen Bereichen einher. Die politische Gestaltung der digitalen Gesellschaft bildet einen Schwerpunkt der neuen Legislaturperiode und die Stichworte Digitalisierung und Vernetzung ziehen sich wie ein roter Faden durch den Koalitionsvertrag zwischen SPD und Union.

In einem gemeinsamen Antrag fordern die Koalitionsfraktionen die Bundesregierung auf, im Rahmen der jährlich zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel gemeinsam mit dem Deutschen Bundestag eine Digitale Agenda 2014-2017 zu erarbeiten.

Die Breitbandstrategie muss weiterentwickelt werden. Netzneutralität ist gesetzlich zu verankern. Die Voraussetzungen für die Verbreitung von WLAN sind zu verbessern. Zudem muss die Sicherheit von Kommunikation und Daten vorangebracht werden. Ein IT-Sicherheitsforschungsprogramm und ein IT-Sicherheitsgesetz sind dafür notwendig. Darüber hinaus soll ein Ordnungsrahmen für die Digitale Wirtschaft entwickelt werden.

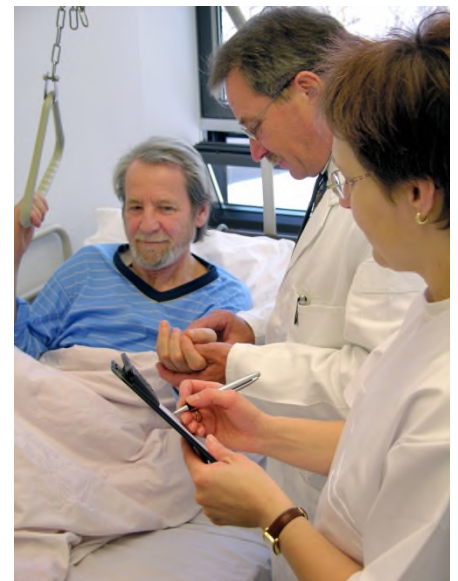
Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel schwärmte in einer Pressekonferenz vor allem von einer "gigantischen volkswirtschaftlichen Bedeutung" des Informations- und Telekommunikationsbereichs mit 900.000 Arbeitsplätzen und einer mit der Automobilindustrie vergleichbaren Wertschöpfung.

Basis für die Digitalisierung sind leistungsfähige Breitbandnetze. Im Rahmen einer Netzallianz Digitales Deutschland und unter Einbeziehung von investierenden Telekommunikationsunternehmen wird die Breitbandstrategie weiterentwickelt. So soll es - unter Ausnutzung aller Technologien - eine flächendeckende Versorgung mit mind. 50 Mbit/s bis 2018 geben. Zudem soll darauf hingewirkt werden, die europäischen wie nationalen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass sich Investitionen im ländlichen Raum lohnen. Das ist notwendig, damit alle Bürger in Deutschland einen hochleistungsfähigen Internetzugang bekommen.

Qualitätsoffensive für Krankenhäuser

In dieser Woche fand das 13. Nationale DRG-Forum in Berlin statt. Dieser deutschlandweit größte und wichtigste Kongress für Krankenhausdirektoren und leitende Ärzte wurde von Edgar Franke eröffnet. Zwei Tage lang diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Anschluss an diese Eröffnungsrede die Gesundheitspolitik der Großen Koalition.

Wir haben in Deutschland jetzt seit 10 Jahren das sogenannte DRG-System, also Abrechnungen im Krankenhaus nach diagnoseorientierten Fallpauschalen. Auf dem Forum wurde diskutiert, wie wir auch zukünftig eine flächendeckend gute Krankenhausversorgung realisieren können. Dies ist gerade auch in strukturschwachen Regionen, wie bei uns in Nordhessen, eine für die Menschen wichtige Frage. Die Einführung des Fallpauschalensystems vor 10 Jahren war richtig. Wir haben damit ein transparentes Abrechnungssystem geschaffen, orientiert an den zur Verfügung stehenden finanziellen Möglichkeiten. Die Ökonomisierung im Gesundheitswesen wird immer wieder beklagt. Eine ökonomische Herangehensweise ist aber nicht unethisch, weil wir nicht unbegrenzt Mittel im Gesundheitswesen zur Verfügung haben.



Im Mittelpunkt unserer Politik stehen die Patientinnen und Patienten, konkret also die hohe Qualität ihrer medizinischen Versorgung. Das Krankenhaus muss auch in Zukunft gut erreichbar und sicher sein. Dafür müssen wir gerade in strukturschwachen Regionen Krankenhäuser für die ambulante Versorgung öffnen.

Das bedeutet auch: Krankenhäusern auf dem Land, die aufgrund ihrer Größe nach dem Fallpauschalensystem nicht allein betriebswirtschaftlich überleben können, sollen zukünftig generalisierte Sicherungszuschläge gewährt werden. Da in der Fläche zunehmend Hausärzte weniger werden ist eine Stärkung gerade der Krankenhäuser im ländlichen Bereich

dringend erforderlich. In diesem Zusammenhang ist auch eine Umwandlung einzelner Abteilungen von Krankenhäusern in ambulante Strukturen, wie medizinische Versorgungszentren, denkbar.

Die Menschen müssen sich darauf verlassen können, nach dem neuesten medizinischen Stand behandelt zu werden. Das bedeutet, wir brauchen gut ausgestattete, moderne und wirtschaftlich gesunde Krankenhäuser. Gleichzeitig müssen die Menschen jederzeit sicher sein können, dass ihre Therapie oder Operationen immer nur dann erfolgt, wenn es medizinisch notwendig ist. Hier dürfen wirtschaftliche Gründe niemals eine Rolle spielen.

Unsere Tipps:

- **Deutscher Alterspreis 2014:** Bis zum 15. April 2014 können sich Bewerberinnen und Bewerber aus allen gesellschaftlichen Bereichen um den von der Robert-Bosch-Stiftung ausgeschriebenen Preis bewerben, der die Attraktivität der Lebensphase Alter sichtbar machen möchte. Mehr Infos gibt es unter <http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/html/8325.asp>.

- **Fanta-Spielplatz-Initiative 2014:** Noch bis zum 21. April können sich Träger, Initiativen, Vereine und auch Privatpersonen mit öffentlich zugänglichen Spielplätzen unter dem Motto „100 Spielplätze in 100 Tagen“ online um eine Sanierungsunterstützung von bis zu 10.000 Euro bewerben: www.fanta.de/spielplatzinitiative.

- Die Initiative „Deutschland – Land der Ideen“ und die Deutsche Bank suchen mit dem **Wettbewerb „Ausgezeichnete Orte im Land der Ideen“** wegweisende Projekte, auch in Nordhessen! Alle kreativen Köpfe, die sich mit Zukunftsfragen beschäftigen, sollten sich bis zum 30. April 2014 unter www.ausgezeichnete-orte.de schlau machen.

- **Deutscher Bürgerpreis:** Der Themenschwerpunkt 2014 lautet „Vielfalt fördern – Gemeinschaft leben“. Bewerbungen werden bis zum 30. Juni 2014 unter www.deutscher-buergerpreis.de angenommen!

- Einsendeschluss für den „**Journalistenpreis für beste Medienträger über Erneuerbare Energien**“ ist der 31. Mai 2014. Der mit insgesamt 10.000 Euro dotierte Preis würdigt journalistische Arbeiten, die zwischen dem 1. Mai 2013 und dem 30. April 2014 in deutschen Publikumsmedien veröffentlicht worden sind. Zusätzlich gibt es einen Sonderpreis für einen Beitrag über „Erneuerbare Energien vor Ort“. Mehr Informationen unter: <http://www.unendlich-viel-energie.de/die-agentur/veranstaltungen/journalistenpreis/journalistenpreis-unendlich-viel-energie-2014>.

- Die SPD-Bundestagsfraktion sucht noch bis zum 31. März sozial engagierte Kulturinitiativen, die sich um den „**Otto-Wels-Preis für Demokratie**“ bewerben möchten. Vereine, Initiativen oder Projekte, die sich mit den Mitteln von Kunst und Kultur für Integration und Demokratie engagieren, können sich unter www.spdfraktion.de/ottowelspreis bewerben.

Eine Information Eurer Bundestagsabgeordneten Dr. Edgar Franke und Ulrike Gottschalck - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!

V.i.S.d.P.:
Dr. Edgar Franke, Ulrike Gottschalck
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Artikelbilder: fotolia